

Ersteinstufige
nachmittags mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis
monatlich 60 Pf., drei bis sechs
Monate 1.80, halbjährlich
10.00, jährlich 18.00.

„Die Neue Welt“
(Wochenzeitung),
monatlich 10 Pfennig.

Abdruck:
Halle 40/41, Fernsprecher 288
Anzeigen: mittags von
7-11 Uhr mittags.

Die Neue Welt

Anzeigen
für die halbjährige Nummer
werden im Voraus bis zur
mittags 9 Uhr in der
Redaktion angenommen sein.

Hauptgeschäftsstelle:
Halle 40/41, Fernsprecher 288
Abdruck: mittags von
7-11 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schmeinitz, Corgau-Triebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Rüstungskapital und Korruption.

Der Krupp-Scandal.

Die Enthüllungen Liebknechts, die am Freitag und Sonnabend im Reichstage erfolgten, stellen einen furchtbaren Schlag gegen den Militarismus und das ganze nationalökonomisch-kapitalistische System dar. Eben ist es den Rüstungstreibern gelungen, die Regierung zur größten Rüstungsorgie zu peitschen, die Deutschland und die Welt je gesehen, da wird wieder drastisch bewiesen, daß dieser ganze Wahnsinn wohlbedachte kapitalistische Mache ist, die allein zugunsten des am Meisten interessierten Kapitals ist. Die Sozialdemokratie hat freilich stets die Zusammenhänge zwischen Militarismus und Kapitalismus aufgedeckt; sie hat dies bewiesen, daß das eine nur Folge des anderen, der Militarismus durch den Kapitalismus bedingt sei und von diesem betrieben werde — aber was helfen alle Behauptungen, wenn die Öffentlichkeit nur durch drastische Beweise zu belehren ist. Das ist aber schwierig, weil der Kapitalismus die Schleiswege liebt, weil er durch Verfilzung und Verweigerung viel ruhiger und besser seine Geschäfte in „Patriotismus“ und „Nationalismus“ machen kann.

Wem ist eine Geschäftsprüfung eingetretten. Das Volk erzählt gerade zu recht die Zeit, daß die nationale Armee, das Vaterland sei in Gefahr, es müßte sich durch neue 136.000 Mann Soldaten stark machen, nur der Geschäftszirkel der Rüstungsinteressenten ist. Das Rüstungskapital ist skrupellos. Geschäft ist alles! Die alte Firma Krupp, die Wilhelm II. besonders ins Herz geschlossen hat, liefert bedeutendes dem Auslande Waffen und Kanonen, so daß sich dem Eingekaufte deutsche Soldaten von Kruppischen Kanonen erschießen lassen mußten. Krupp tut noch mehr. Er liefert nicht nur ans Ausland, er liefert unseren Feinden auch die Waffen billiger als dem eigenen Volk. Im Reichstage wurde bekanntlich festgestellt, daß das Deutsche Reich viel mehr für Panzerplatten zahlen muß als das Ausland. Patriotismus! Man wird bemerkt, daß auch angeblich Unterbeamte durch Geschäfte u. s. w. Gehälter von der Regierung bekommen, die einen ungeheuren geschäftlichen Wert für die Firma Krupp haben. Verkaufungen sind erfolgt, die Verstaatlichung ist im Gange. So sieht das Volk wieder, wie das kapitalistische System herrscht. Die Liebknechts Enthüllungen lösen ja nur einen kleinen Pfedel von ungeheuren Decken, unter der Kapitalismus und Militarismus steht. Selbst wenn Verstaatlichungen erfolgen sollten, so wird am System doch nichts geändert, solange der Kapitalismus besteht und die kapitalistischen Klassen die Staatsmacht in der Hand haben. Man wird nur vorzeitig erlöset werden — das ist alles.

Die Sozialdemokratie wird diese Mißstellungen des Militarismus und der Rüstungsorgie voll für den Kampf gegen das ganze System ausnützen. Es wird ihr freilich nicht gelingen, das neue System zu verhindern, und die Militärorgie zu Falle zu bringen. Aber einen Stoß haben die Völkerdecker und Rüstungstreiber bekommen, der ihnen lange zu schaffen machen wird. Die unten wiedergegebenen Veröffentlichungen bezeugen das. Liebknecht macht jetzt die Geschäfte gegen den Kriegsminister mobil, der die Enthüllungen nicht verhindern, sich sogar mit dem Sozialdemokraten Liebknecht eingelassen habe. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Herrungen von den starken Rüstungsinteressenten abgetrieben wird, wodurch der Handel um die Militärorgie zu weiteren Panzerien führen würde. Die ganzen Scandale beweisen aber aufs neue das eine:

daß der Kapitalismus durch seine verbrecherischen Rüstungstreiber die von der Höhe seiner Entwidlung angefangen ist, daß jetzt das System in sein Gegenteil umschlagen muß. Es ist immer so, daß alle Dinge erst bis zu einer gewissen „Reife“ gediehen sein müssen, ehe sie geändert werden. Die letzte Militärorgie hat das Maß des Erträglichsten gefüllt, nun treten wir in die Periode der Stände, Entlassungen und Kämpfe ein, die als letzte Folge die Änderung des Systems bringen werden. Das schaffende Volk wird alle Kräfte einsetzen müssen, um sich des „nationalen“ Vampirs erweichen zu können.

Die Mehrzahl der bürgerlichen Berliner Zeitungen gibt die Firma Krupp so ziemlich preis und verteidigt den Standpunkt, daß der Kriegsminister dem Reichstage feineswegs seinen Wein eingeschenkt habe. Das Berliner Tageblatt führt aus:

„Gelegenlich erzählt man, wie es erst dieser Tage wieder aus den Enthüllungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Liebknecht im Reichstage sich ergab, daß die Wäffer aufeinandergebracht werden, damit die Fabrikanten von Flinten, Kanonen und Panzerplatten gute Geschäfte machen können. Man hörte auch, daß besondere Spionagebureau aus unterhalten werden, in denen mit allen Mitteln der Versteigerung und Korruption gearbeitet wird. Das ist eine recht unmerkliche Methode der nationalen Wehrfähigkeit, für die das Volk schwere Opfer an Gut und Blut bringen muß.“

Den gleichen Standpunkt vertritt auch in einer Zuschrift an die Wölkische Zeitung der fortschrittliche Abgeordnete Seyd, der sein Urteil in den Satz zusammenfaßt: Wenn das richtig sei, wozu Liebknecht gelangt habe, so habe man alle Veranlassung, zu trauern, und sich zu schämen, daß solches in deutschen Vaterlande möglich ist. Selbst die Deutsche Zeitung ein adreutisches Blatt, findet die Enthüllungen überaus peinlich.

Wenn solche Mittel gegenüber dem ausländischen Wettbewerb im Ausland angewendet werden, könne man noch sagen, es wäre der heimischen Wirtschaft. „Aber“, so führt das Blatt weiter aus:

gegenüber inländischen Wettbewerb nicht dergleichen um so peinlicher, als dieser sich schon oft bewährt hat über ungerichte Bevorzugung der Firma Krupp. Auch deutsche Interessenten im Ausland, besonders einstens in Paris, haben uns des öfteren gefragt: Sobald die Firma Krupp in den Ruin tritt, verläßt die deutschen Behörden ihre sonstige Unparteilichkeit.

Die Wölkische Zeitung schüttelt überdies den Abg. Dr. Vraband, der es im Reichstage fertig brachte, sich ziemlich unerschützt in die Firma Krupp ins Zeug zu legen, festlich ab. Sie stellt fest, daß die Ausstellungen Verbands nicht im Einklang mit der Auffassung der Fraktion stehen, vielmehr nur als persönliche Meinungsäußerungen zu betrachten seien.

Die Frankfurter Zeitung nimmt wie folgt Stellung:

Das Rüstungskapital liegt der Verdächtigungen der Nationen ebenso feindlich gegenüber wie das Alkoholkapital der Antialkoholbewegung. Sein Profitinteresse verlangt, daß der letzte Kriegszustand dauernd erhalten bleibt. Ein europäischer Krieg ist für die Rüstungsindustrie Goldlosgeld, und solange das nicht zu haben ist, muß wenigstens das Weltgeschäft immer von neuem und zu immer höheren Dimensionen angefaßt werden. Der bewaffnete Friede, unter dem die Wäffer seufzen, konsumiert ja jetzt schon viel mehr Kanonen und Kriegsschiffe als früher der Krieg. Das Geschäft blüht also, und die neuen Behovorglagen Deutschlands und Frankreichs eröffnen die beste Aussicht für die Zukunft. Schlimm wäre es nur für das Rüstungskapital, wenn die Wäffer einmal zur Vernunft kämen und sich erlegten, das Welt, das sie jetzt der Rüstungsindustrie opfern, lieber gemeinsam zu Kultur- und Wohlfühlbarkeit zu verwenden.

Es wäre aber fürwahr der Gipfelpunkt des Wahnsinns, wenn die beiden Wäffer von Deutschland und Frankreich in ihre jetzige schwere Spannung mit deshalb hineingekommen wären, weil die Waffenindustrie die Aufträge haben wollte. Aber es liegt eben überaupt System in diesem Wahnsinn. „Die Höhe der Dividenden bei der Rüstungsindustrie ist schlechthin proportional dem Grade des Hasses zwischen den verfeindeten Völkern“, sagte der Abg. Liebknecht mit Recht. Das sollten die Wäffer allmählich einsehen lernen. Sie sollten, diesseits wie jenseits der Grenze, jetzt endlich begreifen, daß in der in beiden Ländern getriebenen nationalökonomischen Verrechnung eine gute Portion niedrigsten Geschäftesinteresse sich verbirgt. Und sie sollten, wenn man ihnen so eifrig und mit so glühenden Worten den Chauvinismus und den Haß gegen den Nachbar predigt, für solche Vögel immer den Verstand bereit haben. „Für welche Firma der Rüstungsindustrie macht du jetzt wohl geschäftsunbuge Verfassung?“

Die Firma Krupp selbst hat durch die Rheinisch-Westfälische Zeitung eine Erklärung verbreiten lassen, in der es heißt:

Von einem Herrn der Firma Krupp erfahren wir, daß die heftigen Angriffe des Abg. Liebknecht zweifellos auf einen Nachteil eines wegen einer betrügerischen Sandlung entlassenen Beamten zurückzuführen sind, der ein vieljährig wirkendes Mitglied eines in Lieba (abst. Red.) der Berliner Vertretung der Firma in maßlos übertriebener Weise denunziert und gleichzeitig den Versuch machte, die Firma selbst bereinzuziehen und bloßzustellen. Davon, daß der betreffende Berliner Unterbeamte große Mittel zur Verfügung hatte, wie Liebknecht ausführte, kann keine Rede sein. Er hatte lediglich ein Gehalt, das dem der Angestellten seiner Klasse entsprach. Außerdem verfügte er über keinerlei Mittel von der Firma Krupp. Daran, daß die Tätigkeit auf Befehdung oder auch nur auf ein unerlaubtes Nachrichten sammeln gerichtet sein sollte — wie Liebknecht behauptete —, ist kein wahres Wort. Es ist aber bedauerlich, daß vom Abg. Liebknecht der Name eines Ehem. Beamten der Firma Krupp — des Herrn von Bismarck — mit der Sache in einem Zusammenhang gebracht wurde, der den Eindruck erweckt, als ob er mitschuldig sei. Die Firma ist in der Lage, für die absolute Ehrenhaftigkeit dieses langjährig erprobten Beamten einzustehen.

Es soll also alles wieder ein „Nachteil eines entlassenen Beamten“ sein. Wie wenn es nicht völlig gleichgültig wäre, wie und durch wen die Sache an den Tag gekommen ist. Daß die wertvollen Informationen, die sich der „Unterbeamte“ durch Geschenke usw. verschaffte, in Essen so ganz unschuldig als unbedenklich erlangt aufgeföhrt wurden, ist wirklich rührend. Das Kapital und seine Leiter kann wirklich wunderbar naiv sein. Die Erklärung der Firma Krupp ist ein völlig mihilärdter Lächerungsversuch; sie findet auch miteigenes ernsthaft Bedauern.

Die Rüstungsindustrie freilich speit Gift und Galle auf den Enthüller Liebknecht. Er habe „das Vaterland gefährdet“, weil er die Ausstellungen in die Hand machte, das das Reich vor neuen Rüstungen habe. Diese heuchlerische, den Kritiker zu verkleinern, damit die Aufmerksamkeit von der Enthüllung selber abgelenkt werde, kennt man zur Genüge. Das sie nicht ver-

fängeln, müssen selbst sehr „nationale“ Wäffer zugeben. So schreibt die Berliner Morgenpost:

Der Kriegsminister hat strenge Führung gezeigt, aber die wahre Reue wird bei der Nation selber liegen, oder sagen wir gleich: bei den Kulturvölkern Europas überhaupt. „Nicht und nicht einschüchtern durch das Gefühl von Krieg und Kriegsgefahr“, und vor allem: daß euch nicht aufeinander heheln! Wäut nicht, wenn man es auch sagt, daß eure heiligen Rechte und Gefühle oder daß euer Vaterland bedroht sei. Die so reden, tun es entweder, um eure Aufmerksamkeit von den wichtigsten Fragen des inneren nationalen Lebens abzu lenken, oder sie tun es im Dienste der Kriegsfüreranten. Europa heiligstes Recht ist der Frieden. Unter dem Kriegsgeschrei steht entweder die Reaktion oder — was das allerletzte ist — die Dividende. ... Und das Geschäft geht auf! Die deutschen Waffenfabriken haben schon im Jahre 1911 nicht weniger als 25 Prozent zugehen, in diesem Jahre aber 32! — Der deutsche Steuerzahler aber ist wie veratzen und verkauft, und wird ebendrin in seinem Erwerb baurend bedrückt durch die unerträgliche Kriegspannung, die der international arbeitende Konsent fortgesetzt über Europa verhängt.

Der Vorwärts erinnert an folgendes: Die deutschen Munitions- und Waffenfabriken lancieren falsche Nachrichten in die französische Presse, um so die deutsche Regierung zur Beschleunigung des Rüstungsstempes zu veranlassen. Der Beweis ist von uns schon lange und unüberleglich geführt worden, aber da der Herr Kriegsminister den Borsall gleichgültig abtutun beliebt, wollen wir der Öffentlichkeit das Beweismittel nochmals ins Gedächtnis zurückrufen. Der Brief der Firma hat folgenden Wortlaut:

Herrn ... Paris.
(B. — Geheimregistrator.)

Wir drahlen Ihnen soeben: „Mitten unserer heutigen Brief in Paris abmarzt.“

Grund dieser Depesche war, daß wir die Aufnahme eines Artikels in einer der gelesesten französischen Zeitungen, nämlich im Figaro, durchsetzen wollten, welcher folgenden Inhalt haben soll:

„Die französische Generalverwaltung hat sich entschlossen, die Neubewaffung der Armee mit Rüstungsgewehren erheblich zu beschleunigen und die doppelte Anzahl als zuerst beabsichtigt, zu bestellen.“

Wir bitten Sie, alles aufzuheben, um die Aufnahme eines derartigen Artikels zu erreichen.

Vochachtungsvoll Deutsche Munitions- und Waffenfabrik.

von Gontard, Folgerarten.

So wird ein Teil des Profits dazu verwendet, um haben und drüben gegen das Geld nationale Stimmung zu forcieren, die notwendig ist, neue verweidete Waffen zu erhalten! Marx behält wieder einmal recht: „Für hundert Prozent stampft das Kapital alle menschlichen Gefühle unter seinen Fuß. Dreihundert Prozent und es erstickt sein Betredes, das es nicht risiert, selbst auf Gefahr des Golgens. Wenn Luzzati und Streif Profit bringen, wird es sie beide encouragieren. Pemeis: Stümmeleg und Schläfenhandel,“ und die Rüstungsstreiber eien sehen wir hingü.

Reichstagsbrief. C. B. Man hat heute im Reichstage bei Verhandlung der Generaldebatte des Militäretats von einem Falle Krupp gesprochen. Im Reichstags ist die Korruption, die sich in diesem Falle erwiesen hat, typisch für die Zustände, die in der Rüstungsindustrie bestehen und für das Verhältnis zwischen dieser Industrie und der Militärverwaltung. Die Redner fast aller Parteien erkannten den Ernst der vom Senoffen Dr. Siebenschütz gemachten Mitteilungen und haben auch die Notwendigkeit eines strengeren Strafgesetzes unbedingt ein. Herr Dr. Pfeiffer vom Zentrum leitete sich namentlich gegen die wirklich unerhörten Verhältnisse an, auf die diese Korruption irgendeinen Unterbeamten bezugsnehmend machen zu wollen. Ebenso entschieden protestierte er gegen den Lobenshymnus, den aus einem zweifellos wenig begründeten Anlaß der Kriegsminister der Firma Krupp genötigt hatte. Selbst Herr Dr. Dertel mußte eine ungeschickte Liebergrüßung verweigern, die das Reichstagsgefimmungsgebild seiner Zeitung enthielt und er sprach sich im wesentlichen in denselben Sinne aus wie der Zentrumredner. Es blieb den Nationalliberalen Lüftung und Herrn Dr. Vraband von den Fortschrittlichen überlassen, in einem so klaren Falle die ungläublichsten Wüßergänge zugunsten der Firma Krupp zu entdecken. Es ist anzunehmen, daß Herr Dr. Dooe mit seiner Verteilung solcher Geschäftsmethoden den Standpunkt seiner Fraktion über man Ausdruck gebracht hat. Genosse Dr. Liebknecht ergänzte auf die geistigen Einwürfe des Kriegsministers seine eigene Darstellung mit außerordentlich wertvollen und den Sachverhalt erschöpfenden Einzelheiten, die allerdings auch dem Wahlgang der Meinung nehmen mußten, etwa an die ernste Aufrechterhaltung der Antwort zu glauben, wie sie die Firma Krupp in der Presse veröffentlichte. Nichts, was das Wärdem von Unterbeamten wurde vollendet zerstört, und auch für den unreigen nationalen Patriotismus des Saules Krupp beachte der sozialdemokratische Redner interessante Beflage. Die Antwort des Kriegsministers wurde wieder völlig unzureichend, so daß er nachher vom Abg. Erban erwidert wurde, das Ganze regelmäßig auf den Landesherrn über den Gang der Untersuchung zu stellen. Anmerkung erparzte er sich die geistreiche Bemerkung, die er tags zuvor seiner Rede hatte angedeutet lassen.

Wie „genügsam“ Weimann die sozialdemokratische Presse bestrafte. In der Sitzung des Reichstages vom 16. April...

Konfessionsnationalistische Verbrüderung. In Hannover haben die verzinnten Konfessionsvereine...

Wie der Landrat vertritt. Das politische Wahlkomitee für den Wahlkreis Oepeln in Schleien beschloß unter Zustimmung...

Erzherzogensmörder. Jordan v. Krämer, der starke Mann, der einst der Sozialdemokratie die Vernichtung androhte...

Ungeheuerliche Soldatensühnereien. Ein Kriegerprozeß wird zurzeit in Thon n. dem Kreisgericht der 35. Division...

Der elektrische Bahnbetrieb. Das Dreiklassenhaus hat am Sonnabend die Vorlage über die Einführung des elektrischen Betriebes...

Der erwarbte. Nach der Wahl Walter des Oberlandes. Das man freilich, wenn die Herren Fürsten auch weiterhin steuerfrei bleiben...

Die Kapitalisten bringen ihre Schätze in Sicherheit, wenn sie dem Steuererheber bedroht sind. An der badi-sch-schweizerischen Grenze ist das besonders auffällig.

Das ererbte „Gut der Väter“. Die preußischen Großjunker schreiben jetzt alle Tage vom Musikteuer, Waisensteuer, unentgeltlicher Belastung des ererbten Vermögens...

Die Friedenskosten des Balkantrieges. Die Ausgaben der auf dem Balkan kriegerischen Staaten sind für die bisherige Dauer der Kämpfe auf 1804 Millionen Mark berechnet worden.

Man sieht, die Leute verstehen es, mit ihrem Besitze zu wuchern. Dazu kommt dann noch eine geschickte politische Technik, die immer dafür sorgt, daß die Besetze und Steuern dem Junker nicht zuweg tun.

Die Ausgaben der auf dem Balkan kriegerischen Staaten sind für die bisherige Dauer der Kämpfe auf 1804 Millionen Mark berechnet worden. Das ist fast genau so viel — nur leichtes Ueberschüssiges weniger — als Deutschland jetzt alljährlich für seine „Sicherheit“ ausbezahlt.

Das ist aber noch nicht alles. Leiderreich hat für seine Probemobilisation Hunderte von Millionen Mark als Extrazuschuss herbeischaffen müssen. Ausland rüft, in seinem Militärbudget kaum kontrolliert, jetzt im Riesentempo weiter.

Der Balkantrieb hat also bis jetzt nicht nur 110000 Menschenleben und 1809 Millionen Mark gekostet, sondern auch noch mehrere Milliarden Mehrausgaben für verdrängte Millionen ihrer Väter, die jetzt in Ruinen sitzen.

In der nun folgenden Spezialabteilung betrachten die Genossen Kurnert und Stadthagen gegenüber der heutigen Militärrückführung die Förderung einer gesicherten Reichsfolge. Genosse Finkler fragte über die Konfurrenz, die die Militärverwaltung dem lithographischen Gewerbe zufügt.

Die Gehe über Rancu. Die tollen Begebenheiten über die Pöbelerei der gebildeten Krieger in Rancu, wobei einige Deutsche beleidigt wurden, werden von der Kulturstiftung fortgesetzt. Die französische Regierung hat zwar die möglichsten Gegenmaßnahmen ergriffen, hat die schuldigen Beamten, die die Hauptaufgaben der Gewehrinspektoren nicht verstanden, bestraft — das alles genügt der Gerechtigkeit nicht.

Politische Uebersicht.

Walle (Saale), den 21. April 1913.

Die „freiwillige Gabe“ der Fürsten.

Die Regierung will aus leicht verständlichen Gründen eine gesetzliche Festlegung dieser Spende nicht zulassen, auch aus allgemeinen staatsrechtlichen Erwägungen nicht. Der Fürstenbeitrag soll den Charakter einer freiwilligen Gabe haben.

Die Mittelung ist ein Phantasiegebilde. Die Steuerfreiheit der Fürsten bei Reichsteuern steht keineswegs von vornherein fest, wie vielmehr im Gesetz ausdrücklich bestimmt werden. Also nicht die Steuerfreiheit, sondern die Steuerbefreiung müßte in dem Gesetz zum Ausdruck kommen.

Die Getreidebörse.

Eine Geschichte aus Chicago von Frant Norris.

„Aber diesmal wirst du daran denken?“ sagte sie. „Jetzt wirst du es nicht mehr vergessen. Der heutige Abend wird der Beginn einer — o Curtis, alles wird von neuem beginnen. Du wirst sehen, ich werde es machen.“

„Nein“, sagte Laura mit großer Entschiedenheit. „Curtis, du mußt einen Rubeltag in die Höhe heben. Du mußt dich wieder hinlegen und so schlafen versuchen.“

„Nein“, sagte Laura mit großer Entschiedenheit. „Curtis, du mußt einen Rubeltag in die Höhe heben. Du mußt dich wieder hinlegen und so schlafen versuchen.“

Walhalla-Theater

Täglich Anfang 8 Uhr.

Befallsstürme! Lachsalven!
Letzte Woche! Der neueste Possenspieler:
„Julchens Flitterwochen.“
Ausserdem das hochkünstlerische Tansdrama:
„Die Tempelschändung.“

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Kapitän Mikkelsen

Ein arktischer Robinson.

In 25 reich illustrierten Lieferungen zu je 50 Pfg.,
komplett gebunden Mk. 12.—

Um die Spur seines vorzüglichen Landsmannes Mylius Ericsson zu suchen, hat Kapitän Mikkelsen drei Jahre lang den Gefahren der Polarnacht mit seinem Gefährten Iverson getrotzt.
„Ein wahres Abenteuer, ein tieftragendes Miterleben durchschaut der Leser, der bis zur glücklichen Heimreise dem Helden folgt. Wie wunderbar ist doch echte Solidarität, die zusammenhalten lässt in Not und Tod.“ (Volksstimme Frankfurt).

Transport-Arbeiter-Verband Halle a.S.

Sonnabend, 3. Mai 1913, abends 8 Uhr
im grossen Saale des „Volkspark“

Bunter Künstler-Abend

der Gesellschaft Lewandowsky-Berlin.

Kam 1. Mai in Halle. Kam 1. Male in Halle.
Ein reichhaltiges, mit gediegenen ernsten und satirischen sowie humoristischen Vorträgen, Rezitationen und Burlesken zusammengestelltes **PROGRAMM** bietet gute Unterhaltung.
Programme sind schon jetzt bei den Kassieren des Verbandes sowie in den Filialen des Allgemeinen Konsumvereins und im „Volkspark“ für 15 Pfg. an der Kasse 25 Pfg. zu haben.
Zu zahlreichem Besuch dieser grossartigen Veranstaltung ladet höflichst ein
Der Vorstand.

Jede Mutter

664 bewahre ihr Kind vor Skropheln, engl. Krankheit, Anämie durch Eingeben von **Medicinal-Lebertran-Emulsion.**

Sostes
Blutreinigungsmittel.
Bricht leicht das Zahnfleisch.
Flasche 1 Mk. und 2 Mk.
Max Rädler, Drogerie, Marktstrasse 2.

Apollo-Theater.

Täglich abends 8 1/2 Uhr:

Die geschiedenen Frauen.

oder: „Die lustige Doppel-Ehe“
Schauspiel in 3 Akten u. 3 Aufzügen
von P. Lincke. Haupt-Gesangs-Solisten: „Die lustige Doppel-Ehe“
ich es war? „Die lustige Doppel-Ehe“
gefällt, was er mich verbrachte
kann. „Das ist der liebe
Dank!“
„Die lustige Doppel-Ehe“
„Die lustige Doppel-Ehe“

Stadt-Theater

561 in Halle.

Schauspiel: **Der Hofrat v. Richard.**
Dienstags den 22. April 1913:
21. Abonnement-Vorstellung. 2. Viertel.
Novität! **Novität!**
Zum letzten Male:
Filmzauber.
Schaubühnen-Spektakel in 4 Akten
von Walter Kollo und
Willy Brechtelmeier,
Hoffenbüchse, 7. Ufer, Anfang 7 1/2 Uhr.
Ende 10 1/4 Uhr.

Mittwoch den 23. April 1913:
Sonder-Vorstellung bei vollständigem Abonnement.
1. Vorstellung im Ring-Theater.
Der Ring des Nibelungen.
Vorabend:
Das Rheingold
von Richard Wagner.
Das Sonderabonnement, welches für die geschlossenen Ring-Aufführungen abgesetzt worden ist, macht einige Verändierungen in gewöhnlichen Tarifen der Abonnement-Vorstellungen notwendig. Am Dienstag findet die 21. Vorstellung (2. Viertel), statt, während das 4. Viertel erst wieder am Sonntag den 27. cr. seinen Abend hat.

Ziehung schon 8. Mai 1913
Schwarz-Weisse. Pferde-Lotterie

80000

63500

16500

10000

Lose 1 Mk. *18
10 Mk.
11 Lose am verschieden. Taxen
Porto und Liste 30 Pfg. extra
empfehle ich, verwendet General-Debit
Gust. Florde, Eisen-Ruhr
sowie alle durch Pakete
trocknen Versand.

Wasch-Kleiderstoffe.

Neuheiten der Saison.

Musselinette mit und ohne Bordüre, neueste Muster Meter 85 $\frac{1}{2}$ bis 40 30	75	Kleiderleinen, Popeline, Wiener Rips und Frotte, besonders für Kostime geeignet, fein- u. grobfädige Gewebe, weiss u. farbig. Meter 2.25 1.95 1.50 1.25	90	Weiss Balist à jour in Streifen und Karo-Mustern Meter 1.20 bis	40
Reinwollene Musselinen in entzündenden Farbenstellungen, mit und ohne Bordüre Meter 2.50 bis 1.35 1.10	75	Panama-Stoffe ca. 80 cm breit, in weiss, elfenbein und beige Meter 1.20 bis	90	Tupfen-Mull u. -Balist klein und gross gepunkt Meter 1.75 bis	75
Voile-neige mit Blumenmustern, Allwäner Geschmack Meter	195	Englische Crêpons 70 cm breit, weiss mit marine oder schwarzen Streifen Meter	105	Voile-Plain 110 cm breit Meter	350
Wasch-Voile ca. 70 cm breit, mit u. ohne Bordüre, in Streifen- und Blumen-Mustern Meter 1.50 1.10	100	Englische Crêpons 80 cm breit, uni, weiss und farbig Meter	120	Schweizer Stickereistoffe in Mull u. Balist Mr. 6.00 bis 2.50 2.25	195
				Schweizer Stickerei-Voile 120 cm breit Meter 8.00 7.00	600
				Stickerei-Volants in Mull und Balist, abgepasst und vom Stück, für Damen und Mädchen, in reicher Auswahl.	

Metallarbeiterverband

Verwaltung Halle a.S.

Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/4 Uhr, im grossen Saale des Volksparks:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Diskussion über die zur 11. General-Versammlung in Breslau gestellten Anträge.
2. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreichem Besuch der Verbandmitglieder sieht entgegen
Die Verbandsleitung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Unsern w. Kunden

bieten wir stets

enorme Vorteile.

Vom 21. bis 27. April

nehmen wir unsere vollgeklebten

Rabattkarten

mit

Einer Mark u. 20 Pfg.

in Zahlung.

M. BÄR

Spezialhaus für Haus u. Küche.

Gebrauchte Möbel

(Plüschbaum und Birne)
Berliner Spiegel u. Schränkchen,
Kleiderständer, Truemeuse,
Steg- u. Ausziehische Stühle,
Sofas, Garnitur, Schreibtische,
Schreibtische, Polster,
komplette Küchen-Einrichtungen
verkauft
Friedrich Peleke,
Geiststrasse 25, 573

brauchen bei Ernährung u. Unter-
stützung, von Weisheit nur Dr.
Scheidt's Salzwasser. Garant.
unerschöpflich, Pulver 4 Pfg., Tropfen
600, 8-10 Tropfen, von Vorn, hygie-
nische, Desinfektionsmittel, billige
Pfl.-Dr. Conrad Scheidt,
Halle (Saale), Gröbenstr. 3, P. 1.
Sonderlieferung. Rückporto.

Ersehen erschienen:
Waherer Jakob 1913
Nr. 9.
Mal-Nummer.
Preis 10 Pf.
Gleichheit
Nr. 15.
Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch alle Aus-
träger und die
Volksbuchhandlung,
Garz 42/43.

Klar auf der Hand

liegt es, daß Sie Fahrer- und
Fahrerarbeiten nicht anders
übernehmen können als bei
seben
Otto Sparmann, dem Walhalla,
Lauterbachstr. 1, 3. Hof, Garantie,
4.00 Mark. Laufschlauch,
1 Jahr Garantie, 3.95 Mk.

Waschgefäße, bauerhaft,
billig.
Zander, Gr. Klaus-
str. 12,
Mitglied d. Rabatt-Spart-Vereins.

Fahren Keinecke
Vereins-
bedarf Hannover K. 39
Abzeichen.
Kataloge u. Muster auf Wunsch.

Eine mysteriöse

Ercheinung

ist es, daß bei Hautausschlägen,
wobei andere Mittel verlagten,
Obermeier's Medizinal-Heil-
Salbe stets noch mit gutem Erfolge
angewendet wurde. Dies befähigt
eine große Anzahl Dankschreiben
und ärztliche Gutachten.

Medizinal-Heil-Salbe à Stück
50 Pfg., 30 Pfg. stärker. Pröp. 1.-
zu hab. i. all. Apoth., Drog., Parfüm.

Lederhandlung
Carl Friedrich Nachf.
jetzt *800
Brüderstr. 13
empfiehlt billigt
Lederausschnitt
u. Schuhmacher-Artikel.

Wichtig für Raucher!

Die Zigarettenfabrik A. W.
Eckstein & Söhne, Dresden, empfiehlt ihre rühmlichst be-
kannten Fabrikate und macht darauf aufmerksam, daß sie
in erster Linie Handarbeit pflegt und ihre beiden großen
Konsummarken „Eckstein No. 5“ u. „W.“ und „Da Capo“ nur
mittels Handarbeit, nicht mittels Maschine (deren Erzeug-
nisse der Handarbeit nicht gleichwertig sind) herstellen läßt.
In den Fabriken der Firma A. W. Eckstein & Söhne
finden 2200 Arbeiter und Arbeiterinnen lohnende Be-
schäftigung. Die Firma ist frei von dem Englisch-
Amerikanischen Tabaktraffik und frei von Beziehungen
zu Fabriken, welche sich dem Truff verkauft haben. Sie
gehört dem Verbands der Arbeiter des Tabaktraffik an
und hat dafür, daß sie trufffrei ist und auch trufffrei bleiben
will, weitgehende Garantien gegeben. Raucher werden
gebeten, bei ihren Einkäufen nachdrücklich trufffreie
Zigaretten zu fordern.

Leih-Institut

für Gebroch., Frau-, Einkom-
menslose, Soldaten und Jünger.
Herrn Leich, Markt 19.
— Bernstr. 3501. — 133

+ Frauen! +
Bei Einnahme u. Unter-
stützung werden sich vertrauensvoll an
Krau P. Bruno, Oberhausen
(Hald.) Friedenstr. 14
— Auskunft kostenlos. —

Für Rossleben
zuverlässiger Zeitungsträger oder Trägerin
per 1. Mai gesucht.
Meldungen sind an die Expedition des Volks-
blattes, Halle (Saale), Garz 42/43, zu richten. ||

Bei Invaldität bin ich
wünsche, **Karusell** preis-
wert zu verkaufen. *277
Friedrich, Krause, Meisdorfer 26
bei Grünbäumen.

Grudeöfen billig zu verk.
Streuweg 50, 568

Wohnungs Anzeigen
Schlafstelle, gut möbl., u. vermietet.
Dal. Mittagstr. Friedrichstr. 6, 568

Arbeitsmarkt
Offene Stellen aller Berufe ent-
sprechend hält stets die Zeit-
ung: „Arbeitsmarkt“,
Erlangen 156. *110

Tüchtige Erdarbeiter
werden bei 50 Pfg. Stundenlohn
lohn eingeteilt. Zu melden im
Gasthof Thüringen.
501 (Station Neumark) *88 a
Strecke Merseburg zu (10).

Verkäuferin
bzw. lernende Verkäuferin, wird
lohn gesucht. Meldungen bis
26. April erbeten. *297
Konsum-Verein Rößlitz
u. Umg. Der Vorstand.
Friedrichstraße wird lohn ein-
gestellt (570) Friedrichstraße 11.
Sungen, tüchtigen
Ofensetzer
stellt ein
Max Schulz, Dörfelstr. 6,
Dürrenberg.

Große mit Photographie, vom
Volkspark bis Ludwigstraße der
Loren. Abgeben
560 Ludwigstraße 28, L.

Morgen u. jed. Dienstag
10. Schloßstr.
Joh. Fischer,
Gröbenstr. 39.

Ansicht-Postkarten
empfiehlt die Volksbuchhandlung.

1. Beilage zum Volksblatt.

Der belgische Massenstreik.

Der Kampf im Borinage.

Brüssel, 18. April.

Um den theoretischen Unterschied zwischen Generalfreistreich und politischem Massenstreik haben die belgischen Arbeiter sich in den letzten Tagen lebhaft auseinandergesetzt. Das was eigentlich nach der in den germanischen Ländern üblichen Ausdrucksweise ein politischer Massenstreik ist, nennen sie der Kürze halber einfach Generalfreistreich, obwohl auch der jetzige Streik trotz seines überwältigenden Umfanges nicht durchaus allgemein und also nur ein Massenstreik ist, den man eben so allgemein wie möglich zu machen versucht.

Auch der verflochtene theoretische Wortkauer würde indes gegen die Bezeichnung Generalfreistreich für die jetzige Situation im Hennegauer Kohlenrevier Borinage nichts einwenden können. Hier ist, wie übrigens in den benachbarten Bezirken Centre und Charleroi die allgemeine Arbeiterbewegung der Öffentlichkeit geworden. Hier hat das Proletariat zum ersten Male in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in einem derartigen Maßstabe wenigstens, den Generalfreistreich in des Wortes freistreichlicher Bedeutung bewirkt. Und zwar in der von dem Parteitag der Arbeiterpartei und dem nationalen Streikkomitee gewählten Form eines ruhigen, friedlichen Streiks, dessen Wirkung in der bloßen Tatsache des Nichtarbeitens besteht.

Der Eindruck, den die letzten von diesem Generalfreistreich im Laufe einer ausgedehnten Winterruhe das ganze Revier Borinage erhalten habe, ist einfach überwältigend. Ich habe den Borinage, dem fläsischen Lande der gewaltigen und oft auch gewalttätigen Bergarbeiterstreiks, deren Tragik so manches literarische und plattische Meisterwerk der modernen belgischen Kunst inspiriert hat, inmitten der Fieberatmosphäre so manchen Arbeitskampfes gesehen — noch zuletzt im Januar und Februar des vorigen Jahres, als die Knappen des „schwarzen Landes“ sieben Wochen lang dem Hunger trostlos, bis der Sieg ihnen ward. Jedoch kein Bild von diesen früheren Streiks, ihren Massenaufläufen, Demonstrationen und Krawallen, läßt sich an tragischer Größe mit dem vorliegenden, das der Borinage jetzt bietet. Nicht durch das, was sich ereignet, sondern durch das, was sich nicht ereignet; einfach, weil nicht gearbeitet wird. Die letzten Streiks, die stillen Häuser, die Abwesenheit des Lärmes und des Qualmes, die Unbegreiflichkeit der Maschinen, die Besorgnis dieser ganzen Gegend ist impotenter, als es irgendein Bild wild aufgeregter Massenleiden sein könnte. Gerade in der Tatsache, daß der bewußte Wille der Arbeiter dieses düstere Reich der Steinbohle und der Maschinen in ein Reich der Menschheit und der Frühlingssnatur umgewandelt hat, liegt die Tragik dieser Verwandlung einer ganzen Gegend.

Die Sache ist so furchtbar einfach; die Arbeiter wollen nicht mehr arbeiten und bleiben zu Hause. Und zwar alle, Glasbläser wie Fabrikarbeiter, Metallarbeiter wie Bergleute. Es gibt keine Streikbrecher, also man braucht keine Streikbrecher. Es gibt keine Ausdifferenzierung, die aufzufallen oder zu gewinnen wären, also braucht man keine Demonstrationen und Hoffungsveranstaltungen. Die Bergwerke und Fabriken sind leer; man will kein Geld sparen und geht nicht in die Werkstätte; man benutzt die Gelegenheiten, bei Frau und Kindern zu bleiben, oder das Gärtnchen zu bearbeiten. Es ist wie ein Sonntag, ein allgemeiner, langer Sonntag — aber die Gedanken sind anders. Es gilt, denen, die über die politische Macht verfügen, zu zeigen, daß ihre Existenz abhängt von dem Willen der Arbeiter, denen die politische Gleichberechtigung verweigert wird. Dieser Gedanke ist zum starken, einmütigen Willen geworden — und dieser Wille hat dieses Land der Arbeit in ein Land der Ruhe verwandelt. Von jetzt 50 000 arbeiten, ruhen jetzt 50 000.

Die Erziehungsbewegung der im Laufe des letzten Jahres mächtig fortgeschrittenen modernen Gewerkschaftsbewegung und die hysterische Vorbereitung des Kampfes haben zu diesem Resultat geführt. Seit mehr als einem halben Jahre hat man den Arbeitern gesagt, daß der Streik, um siegreich zu sein, ruhig sein müsse, und so wollen sie ihn nun führen. Auch melden sie sich mit ihrer Streikakte beim Kontrollbureau an, ruhig füllen sie den Verammlungssaal und zeigen beim Eingang ihre Karte vor, ruhig hören sie die Diskussion zu. Keine flammenden Reden werden gehalten; die Streikenden brauchen keine Anfeuerung, sie sind entschlossen genug. Fragen der technischen Führung des Streiks stehen zur Beratung. Nach Ablauf der Diskussion macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß den Streikenden angeraten wird, die Wirtshäuser streng zu meiden und auch im Volkssaal lieber nichts zu trinken. „Wer Durst hat, mag sich ein Glas Bier bestellen; aber wir werden uns die mehr als das was trinken lassen.“

Die Frauen sind übrigens dem Streik ebenfalls gefolgt, wie die Männer. Der Gedanke des Generalfreistreichs für das gleiche Maßrecht scheint hier in der Tat das geworden zu sein, was die Franzosen eine „idee-force“ nennen: eine Elementaridee, die aus einer ganzen Reihe von unmittelbaren historischen Erfahrungen geboren, sich schiefelnd in alle Geirichte festsetzt, denen sie infolge ihrer logischen Einfachheit als etwas Unvermeidliches erscheint. Der Streik wird hier sozusagen zum ethischen Imperativ; es ist, als ob er eine aus dem Willen selber geborene Macht wäre, der sich alles beugen muß.

Bei einer solchen Gefolgschaft des Ausstandes ist die Gefahr von Konflikten mit der bewußten Macht natürlich bedeutend verringert. Zwar sind alle Bergwerke und größere Betriebe mit Wirtshäusern besetzt, aber bei der ganzen Stimmung der Bevölkerung ist offenbar, daß sie ihren Zweck, provozatorisch zu wirken, völlig verfehlt. Es ist, als ob die uniformierten Gestalten, die Soldaten, die man hier und da an den Türen der Werke oder hinter den Gittern von Fabrikschloten gelangweilt herumlungern sieht, mit zum Wille dieser allgemeinen Ruhe gehörten — als auch sie, die Soldaten, Streikende wären.

Weitere Meldungen:

Infolge des Streikereits erscheint das sozialdemokratische Organ „Lepeuple“ in Lille (Frankreich) in der Druckerei des Revellé du Nord in gewohntem Format und in der Auflage von zwei oder vier Seiten unter Verwaltung und ausgaben des Streikkomitees.

Am Montage treten die Diamantstichter von Antwerpen in

den Ausstand. 15 000 Arbeiter veranlassen am Sonntag in Lüttich eine Kundgebung. Die Ruhe wurde nicht gestört. In C. t. haben die Studenten die Speisung von fünf hundert Arbeiterkindern übernommen.

Montenegro fügt sich.

Sofia, 19. April. (Meldung des Wiener N. N. Telegraphen-Büreaus.) Es verlautet, daß nunmehr auch die Antwort Montenegros hier eingetroffen ist; sie enthält die bedingungslosste Zustimmung zu den Vorschlägen der Großmächte. Es bleibt also noch eine Vereinbarung über einige rechtliche Änderungen unter den Verbündeten durchzuführen, namentlich betreffend die Wengen Albanien, die ägäischen Inseln und die Kriegsschiffahrt, worauf die Antwort-Note den Großmächten sofort überreicht werden soll, was vielleicht noch heute, spätestens aber morgen erfolgen wird.

London, 20. April. Die Wall Mall Gazette erzählt von diplomatischer Seite, daß die Regierung „Serbien“ nicht in das Unvermeidliche fügen und eine Selbstentscheidung in Gestalt eines internationalen Arbitrages von 24 Millionen Mark, und zwar vier Millionen von jeder der sechs Großmächte annehmen werde. Wahrscheinlich werde Montenegro noch einen letzten Versuch machen, Gebietsabtretungen zu erlangen, doch seien die Großmächte absolut einig, keinen Schritt zurück zu gewähren. Die Großmächte würden jedoch auf Empfang der Antwort der Verbündeten einen Friedensentwurf aufsetzen. Nach Verhandlung über diesen unter Vermittlung der Mächte würde das Übereinkommen als der „Friede von London“ unterzeichnet werden.

Geheime bulgarisch-türkische Friedensverhandlungen.

Paris, 20. April. Der Korrespondent des New York Herald in Konstantinopel telegraphiert: Der bulgarische Sotrasprachepräsident Dr. Dane ist an der Tischaalbahnhoflinie eingetroffen, um geheime Friedensverhandlungen mit den Türken einzuleiten. Diese Verhandlungen werden unabhängig von den übrigen Balkanstaaten betrieben. (?)

Der serbisch-bulgarische „Bruder“-witz.

Sofia, 20. April. Allseitig wird bestätigt, daß die Zerwürfnisse zwischen Bulgarien und Serbien sehr ernste Formen annehmen, die noch dadurch verstärkt werden, daß sowohl die serbischen als auch die griechischen Truppenkontingente in den okkupierten Gebieten fordbauern. Bulgarien sei, so wird berichtet, fest entschlossen, seine Ansprüche eventuell mit Waffengewalt zu verteidigen. — In Bulgarien besteht die Ansicht, sofort nach dem Abschluß des Friedens, Serbien aufzulösen, die außerhalb der vereinbarten Vertragszonen liegenden Gebiete Mazedoniens zu räumen. Es sind dies die Gebiete Ostrika, Priep, Nisip und Schtrilip. Der bulgarische Gesandte in Serbien hat die französische Regierung gebeten, in die Sache eingegriffen zu werden, um die Streitkräfte mit Serbien anzugehen, da sonst ein beschleunigter Konflikt unvermeidlich sei.

Menschenopfer unerhört!

Sofia, 20. April. Nach vorläufiger Aufstellung betragen die Verluste der vereinigten Heere an Toten und Verwundeten bei den Bulgaren 84 000 Mann (?), Serben 22 000, Griechen 11 000 und Montenegro 8 000.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Steinseher im Jahre 1912.

Das Jahr 1912 war für den Verband der Steinseher ein Jubiläumsjahr. Auf einen Kongreß im Jahre 1889 beschloß sich der Verband im Jahre 1889 ins Leben zu treten — allerdings nicht als eine auf der Massenbewegung ihrer Mitglieder beruhende Organisation, sondern als ein „Gesellschaftsverband“.

Der Verband hat nach seiner Reorganisation im Jahre 1892 dann allerdings in wirtschaftlicher Beziehung glänzend nachgeholt, wie er vorher verarmt hatte. Und auch der Bericht für 1912 beweist, daß der Verband ein würdiges Glied der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist. Es kam ihm dabei guttun, daß — mit Ausnahme von Groß-Berlin — das Jahr 1912 ein für das Steinsehergewerbe außerordentlich günstiges war. Der Jahresbericht beweist u. a. daran, daß nach den Verzeichnissen der deutschen Steinindustrie-Betriebe, immer die sich in Händen von Aktiengesellschaften befinden, die Steinindustrie, die sich mit der Herstellung von Plattensteinen befaßt, vielfach gar nicht in der Lage waren, die angeforderten Mengen rechtzeitig liefern zu können. Vielfach eine treffliche Illustration zu der angeführten Postkarte der deutschen Steinindustrie, in der sie sich durch das Nichtvorhandensein eines Soldaten gegenüber der schmeichlichen Plattensteineinfuhr befindet. Gegen den Plattensteinsoll führt der Verband der Steinseher seit Verleihen des Sozialtarifs einen energischen Kampf, weil durch einen solchen das Steinsehergewerbe ruiniert würde.

Der Verband führte im Berichtsjahre nicht so umfangreiche Kämpfe wie in den früheren Jahren. Bei einer Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt von 10 939 (Vorjahr 10 706) führte der Verband insgesamt 68 Bewegungen mit 3008 Verletten, von denen nur zwei mit 62 Verletten ergebnislos verliefen, und zwar in ein Angriffswort und ein Arbeiterstreik. Erreicht wurde durch die Bewegungen und Lohnkämpfe Arbeitszeitverlängerung für 671 Beträge 1142 Stunden pro Woche, Lohnverbesserung für 2963 Beträge 9985 Mk. pro Woche. Von den Bewegungen waren neun Angriffswörter und sieben Arbeiterstreiks. 52 Bewegungen ohne Arbeitsvermittlung verliefen mit Erfolg. Tarifverträge bestanden am Jahresende 121 für 1289 Betriebe mit 12 604 Beschäftigten, wovon 10 117 Verbandsmitglieder waren. Es sind demnach durch den Verband die Lohn- und Arbeitsbedingungen für nahezu drei Viertel aller Verbandsangehörigen (mit Ausnahme der Hilfsarbeiter) tariflich geregelt. Unter den Tarifverträgen befinden sich zahlreiche, die ganze Provinzen oder größere autarkonomen Wirtschaftskreise umfassen. Die stetige Entwicklung des Tarifwesens im Steinsehergewerbe hat dazu geführt, daß im Jahre 1912 die Verhandlungen zur Annahme eines Reichstarifs, die schon seit Jahren geführt worden sind, zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. Vermehrt muß werden, daß es auch die Arbeiter gemein sind, die zuerst und zwar schon vor zwölf Jahren, den Oberbanen des Reichstarifs angeschlossen haben. Der Verbandstag hat dem beiderseitig vereinbarten Verträge gegen eine kleine Minderheit zugestimmt.

Die Finanzlage des Verbandes hat sich in vorzüglicher Weise gebildet. Das gesamte Vermögen des Verbandes belief sich am Jahresende auf 356 351 Mk. Veranschlagt wurde u. a. für den Streik 48 885 Mk. Gewerkschaftsunterstützung 1927 Mk. Sachorgane mit sachdienlicher Beilage Die Straße (die bei den Mitgliedern sich einer großen Beliebtheit erfreut) 21 090 Mk., Aktionäre 47 570 Mk., Reiseunterstützung 2098 Mk., Unfallunterstützung 4386 Mk., Redaktions- und Geschäftsstellen 2819 Mk., Krankenunterstützung 21 807 Mk., Streikunterstützung 11 950 Mk.

Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Der Beginn des Bergarbeiterstreiks war bisher von der polnischen Berufsvereinerung für den 21. April bestimmt. Pöblich wurde dann aber am 18. April an allen Schächten ein Flugblatt verbreitet, in dem für den 19. April um Streik aufgerufen wird. In dem Flugblatt heißt es u. a.:

„Die Zeit ist gekommen, wo die Bergarbeiter sich aus dem kapitalistischen Jangentort befreien müssen. ... Wenn wir uns nicht mit Hilfe des Streiks eine bessere Lage erkämpfen, dann werden die Unternehmer in Zukunft anstatt mit Geld mit Drogen zu bezahlen. ... Es muß ganz energisch den Unternehmern in die Augen geschaut und mit ihnen über langwierige ausgeführtes Unrecht abgerechnet werden. ... Gemeinlich soll die Arbeit niedergelegt und nicht eher wieder aufgenommen werden, bis die Unternehmer die Forderungen bewilligen. Die Unternehmer haben aber sogar befalligen, die Forderungen zu bewilligen, nur wollen sie sich erst überzeugen, ob auch die Bergarbeiter in den Streik treten.“ Dem Bergarbeiteramt ein „Gottesdiener“.

Auf 13 Gruben sind Sonnabend morgen die Befehlshaber nicht angefahren. Die Arbeitsüberlegung verläuft außerordentlich ruhig. Das Revier ist massenhaft mit Gendarmen besetzt. Auf den Gruben sind auch Vorbereitungen getroffen, um event. Militär (1) einquartieren zu können. Weitere Arbeitsüberlegungen sind Sonnabend abend erfolgt. Der größte Teil der Befehlshaber wird jedoch erst Montag (heute) ausständig werden.

Kattowitz, 21. April. (W. T. A.) Für heute wird ein weiteres Anwachsen der Streikbewegung erwartet. Man glaubt, daß mindestens weitere 10 000—15 000 Mann die Arbeit niederlegen werden.

Zur Ausperrung im Magergewerbe.

Der Kampfpreis der Unternehmer: den 2 Millionen-Ronds des Magerverbandes zu vernichten, rückt in immer weitere Ferne. Da müssen die Jäger, um ihre Namen bei der Stange zu halten, allerhand Schwindel ausüben. So erklärte das hiesige Organ des Unternehmerverbandes schon vor einigen Wochen, der Verband der Maler habe bei einer Berliner Bank eine Anleihe von einer Million Mark aufnehmen müssen. Zu dieser Behauptung wurde vom Organ des Magerverbandes bemerkt, sie sei entweder ausgemacht oder Schwindel, oder der naive Maler habe sich einen Wären aufbinden lassen. Darauf allgemein verlegenes Schmeißen. Jetzt nennt sich der Hamburger Gewerkschaftsverband des Unternehmerverbandes vor, der der eigentliche Treiber der Ausperrung gewesen ist, und behauptet in einer Hamburger Arbeiterverammlung: „Recht sieht heute, daß der mobile Kampfpreis des Gehilfen von 1 400 000 Mk. verbrannt ist und daß die einen erfolgreichen Kampf von einer Million bei der Generalkommission der Gewerkschaften angelegt haben.“ Nach dem Hamburger Arbeiterblatt hat der phantastische Herr sogar erklärt, es sei „authentisch nachgewiesen“, daß der Kampf den sozialdemokratischen Zentralverband bereits 1 600 000 Mk. gekostet habe“. Der christlichen und sozialdemokratischen Organisation sei das Geld schon längst ausgegangen.

Der Verband der Maler hat den genannten bürgerlichen Zeitungen mitgeteilt, daß die Angaben über seine Kampfbewertung unwahr sind, daß infolge des geringen Umfanges der Ausperrung noch nicht die Hälfte der erwünschten Summen hätte ausbezahlt werden können, und daß darum der Gewerkschaften Anteil bei der Ausperrung nicht einmal erwogen werden ist. Ob die Zeitungen den Schwindel berichtigen werden?

Einen ähnlichen Spieß machen die Unternehmerverbände des ganzen Reiches. In Magergewerbe haben die Maler bei der Generalkommission der Gewerkschaften beklagt, daß die Arbeiter, Königl. und privaten Werken und Verwaltungen mit dem Gerüchten, seine befristungsangefüllten Magergehilfen einzustellen. „Denn — so hoch es — nur so ist es möglich, den Magergehilfen der sozialdemokratischen Gewerkschaft zu überführen, der auf der Hand von Gewaldb (1) in Höhe von 2 Millionen Mark beruht, und dessen Anwachsen für zu neuen Wadtmitteln verwenden würde. Wir sind überzeugt, daß es auch im finanziellen Interesse liegt, unsere Verrechnungen zu unterstellen.“

Die Hoffnung der Schmariner, der Malerverband müßte wegen finanzieller Schwächen bald insputieren, fallen sie nur ruhig zu Grunde tragen. Die Situation ist doch wirklich nicht dazu angetan, daß die Magergehilfen nach dieser verstandenen Ausperrung auf einen für sie unangenehmen Frieden eingehen müßten.

Schulmaderstreik in Osnabrück.

Gerichts vor Osnabrück legten die Schulmadergehilfen den Wehrern einer neuen Lokalfahrt vor, der, außer wenigen Änderungen, schon seit 1908 in der benachbarten Stadt Kottbus in Geltung ist. Darauf revidieren die Gehilfen die Minderheiten der Gewerkschaften hin, daß die Wehrer, die allen Parteien die nötigen Hausarbeiten leisten werden. Auch werden die Gehilfen aus anderen Gegenden herangezogen. Nach den in anderen Städten gemachten Erfahrungen werden sie damit ein vollständiges Masoch erleben. Zugung ist fern zu halten.

Arbeiter, meidet Krefeld!

Zeit acht Wochen haben in Krefeld 2300 Arbeiter einen Streik, um sich besserer Lebensbedingungen zu erkämpfen. Die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse reichten nicht aus, um die Differenzen friedlich beizulegen. Die „Christen“, Führer haben den Streik durch proklamieren und treiben ihre Leute in die Werke. Doch ein großer Teil von dieser hat diesen „Nacht“ arbeitervertretern die Gefolgschaft verweigert und kämpft mit den streikorganisierten Arbeitern weiter. Die Polizei ist wegen der Tätigkeit, um die nützlichen Elemente zu beschützen. Etwa 300 „Hilfsarbeiter“ sind als Streikbrecher herangezogen worden. Da diese jedoch nicht ausreichen, haben die Unternehmer Agenten in alle Teile Deutschlands geschickt, um Arbeitswillige zu werben. Dies ist ihnen auch schon in mehreren Fällen gelungen. Ja sogar organisierte Arbeiter (vor allen Arbeit-

Sozialdemokratischer Verein Halle.

Dienstag den 22. April, abends 8½ Uhr, im Saale des „Volkspart“, Burgstraße 27

ausserordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Beschlusfassung über die neuen Vereinsstatuten.

2. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen jedes Mitgliedes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

541

Arbeiter) sind darauf hereingefallen und sind durch diese Agenten nach hier geschleppt worden.

Wir machen daher an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam, und ersuchen alle Arbeiter, sich unter keinen Umständen von irgend-einen Agenten anwerben zu lassen und nach Arrest zu kommen.

Arbeiter, übt mit euren kämpfenden Arbeitbrüdern Solidarität. Der Streik ist noch nicht beendet.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 21. April 1913.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Dienstag, den 21. April, findet im Volkspart die Fortsetzung der am vorigen Sonntag abgebrochenen Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Statutenberatung. Die Genossen werden dringend ersucht, sich zahlreicher als zu der vorigen Versammlung einzufinden. Wer nur irgendwo Interesse an der guten Ausführung des Vereinslebens für die nächsten Jahre hat, muß zur Stelle sein.

Landtagswahlabschlager.

Allelei niedliche „Geheimnisse“

Unsere Freunde, die Feinde, liegen sich seit einigen Tagen unserwegen fertig in den Haaren. Die Halleische wird der Saalezeitung das liberale Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie vor und die Saalezeitung behauptet, auch Konser-vative und Zentrumler hätten schon mit der Sozialdemokratie patiiert. Es müßte das also nicht gar so etwas agies sein. Nächstlich sei er gerichtlich festgestellt, daß der konservativ-litauische Kandidat Stredins in Ansehung der Stichwahlbedingungen der Sozialdemokratie untergeordnet hätte. — Wir können diesen Janz her schonen Seelen darüber, ob sie in ihre Gunst genossen haben, ruhig zusehen. Unserem Ansehen kann es nur schaden, wenn festgestellt wird, daß wenn wir wollen, alle bürgerlichen Parteien mit uns unter Umständen patiierten, ihr Geschimpfe über uns also eitel Seudelei ist. Auch den Fall des konservativen Stredins, der die sozialdemokratischen Stimmen so gerne für sich gewonnen hätte, könnten wir, nach Erkundigungen in Komet, urkundlich aufklären. Aber dazu liegt für uns vorläufig keine Veranlassung vor, mögen sich nur ruhig die Liberalen und Konser-vativen um diesen interessanten Fall herumlabalgen.

Dieser Streit um die Frage, wer am häufigsten mit der Sozialdemokratie patiiert hat, trieb übrigens füglich noch eine andere Blüte, deren Duft erst etwas verpölet zu uns drang. Das betreffende Vorkommnis ist gleichzeitig ein interessantes Beispiel zu der Auffstellung des Fabrikbesizers Weife, des Vaters der Gelben, als Landtagskandidat der Freikonser-vativen. Ueber dieses vorbereitende Manöver schreibt man uns:

Die Mitglieder des Vaterländischen Arbeitervereins hatten am 12. d. M. von ihren Gönnern die Erlaubnis zur Feier eines Stiftungsfestes erhalten, das gehörig für die konservativ Landtagskandidatur ausgenutzt wurde. Unter Zuhilfenahme der Anhänger der Krieger- und Jünglingsvereine und der angehenden Heiden vom Jungdeutscher Landbund sowie einer starken Anleihe an die Mitgliederbestände der gleichartigen Vereine der nächsten und weiteren Umgebung — bis Eilenburg und Schönebeck a. E. — war es so leichtlich gelungen, einen Saal zu füllen. Die Herren Wader waren wenig zufrieden mit diesem Resultat. Das Vornehmere über die gegen das Vorjahr bedeutend zurückgegangene Beteiligung war allgemein. Die Flucht der „Kameraden“ muß übrigens eine recht erhebliche sein; denn man mußte schon dazu übergehen, die Anforderungen zum Weifen in den Reihen dieses eigenartigen Arbeitervereins von Geschäfts Gönnern zu drücken zu lassen, weil die mündliche und schriftliche Bearbeitung nicht mehr ausreichte. Und diese gebrauchte Maßnahme erfolgt natürlich unter Hinweis auf das von den Führern aus ihrem Internierungsmorgewinn gestiftete Vereinsvermögen! Wer warum man solche Maßformulare gerade zum Stiftungsfest auf den Tisch heruntlegen ließ? Sollte man damit die „Heffzende“ zu heben?

Die Heffzende hielt Prof. C. u. S. a. L. d. Er. über all, für alles, so allem recht, sprach sich zu seinen „Kameraden“. In dem an die hiesigen bürgerlichen Blätter verfassten Beil-

geheil behauptet nun die Vereinsleitung, daß er sich lediglich eine Art Fingerring II. gestiftet habe. Gemäß, so sah es zu Anfang aus, aber allmählich wurde die Sachlage gesprächiger und zum Schluß kam eine ganz kräftige Aufforderung an die „Kameraden“, zur Landtagswahl den konservativen Kandidaten zu wählen. Das er uns Sozialdemokraten kurzhand oblat, das verstand sich von selbst. Aber die guten Liberalen, von deren Wahlfonds-Geldgebern u. a. Herr Dehne als eifriger Förderer der gelben Vereine ansehend war, hätten doch eine bessere Behandlung verdient. Wegen der ersten Ablegung des Stichwahlabkommens mit uns stellte C. u. S. a. L. d. Er. die Frage als Lügner hin. „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht mehr“, so rief der konservativ Feind der Liberalen gegenüber mit der ganzen Kraft seiner Lungen in den Saal. Was nützt es da den Herren Paul und Max Dehne, daß sie für den liberalen Wahlfonds über 100 M. spendeten, wenn dieser Feind-rebner des angeblich parteilosen Vereines ihnen so das Konzept verdirbt?

Daß auch die übrigen Gönner der Gelben durchweg Liberale waren, denen die Verschimpfung galt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die für den sozialdemokratischen Wahlfonds am Eingang ausgelegte Kiste ziemlich leer blieb. Aber das Geld war den Konservativen wohl nicht das wichtigste. Sie hätten vor den gelben Arbeitern einmal gehörig die Liberalen vermahnt und die Geldgüter für die Konser-vativen zu begreifen versucht, und nun konnte der Vater der Gelben, Herr Weife, als konservativer Kandidat angesetzt werden! — Ein feiner Theater-coup! Da heißt es nun, durch Verbreitung dieser Tatsachen den Herrschaften einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen. Soviel Zutritten haben wir auch zu dem meisten Gelben noch, daß sie nicht, wie die aller dümmsten Wälder, ihren Weg selber wählen werden.

Zur Landtagswahl.

Unser Kandidat, Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Verjeh, benützte den Sonntag und Sonntag, um sich seinen Wählern vorzustellen. Für die Orte Annendorf, Kabeiwitz, Olen-dorf und Umgegend war zum Sonnabendabend die Versammlung nach dem Dreierhaus einberufen worden. Die Arbeiterjünger leiteten dieselbe ein mit Vortrag des Liedes: „Ich warte dein. In drangob-fürchterlicher Enge lauchten mehr als 600 Männer und Frauen den angehenden, temperamentvollen Ausführungen des Redners. Die begeisterte Zustimmung zeigte, welches Interesse das arbeitende Volk der Landtagswahlen entgegenbringt. Die Erwähnung über das „einstweilige Absteigen“ kam vor allem zum Ausdruck, wenn der Referent die Rechtschaffenheit des Volkes schilberte. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, auf der Eut und Leber des Volksstandes zu sein, sich politisch zu wehren und gemeinschaftlich zu organisieren und vor allem ihre Kinder der freien Jugendorganisation zuzuführen.

Am Sonntag mittag sprach der Kandidat in den Glaucher Hallfäden mit demselben Erfolg. Der Inhalt des Referats deckte sich mit den Ausführungen in der Versammlung vom Donnerstag im Volkspart.

Auch in der Versammlung in Osmünde, Gröbers und Umgegend sprach der Redner unter stürmischer Zustimmung der sehr zahlreich erschienenen Männer und Frauen. Die Stimmung der Wählermassen läßt die Hoffnung auf die Wahl einer weit größeren Zahl von Wahlmännern wie im Jahre 1908 gerechtfertigt erscheinen.

Der Urwähler sollte der Mahnung des Redners folgen, die drei Wochen, welche nur noch bis zum Wahltag fehen, agitatorisch für unsere Ideen auszunutzen. Arbeiter tut im Wahlkampf eure Schuldigkeit!

Zum Tarifkampf im Baugewerbe.

In einer ausserordentlich gut besuchten Versammlung, die am Sonntagabend der Streikerei stattfand, nahmen die Zimmerer-Erstellung zu den am 16. April stattgefundenen Verhandlungen mit dem Internierernverband. Der Bericht erstattete Kollege Bogit, der ungefähr folgendes ausführte:

Da über die Lohnfrage in dem am 2. April stattgefundenen Verhandlungen mit den Internierern keine Einigung zustande kam, fanden am 16. April weitere Verhandlungen statt, um doch noch eine friedliche Lösung der Frage herbeizuführen. Komte man schon in den Vormittagsverhandlungen merken, als nur einige ländliche Holzgebiete in Frage kamen, daß die Internierern unter der Diktatur des Arbeitgeberbundes stehen, so bestätigte sich das auffällig in der Nachmittags-Verhandlung über das Holzgebiet Halle. Nachdem in ausführlicher Begründung darauf hingewiesen worden war, daß die Bauarbeiterschaft in Anbetracht der wirtschaftlichen

Verhältnisse bei ihrer letzten Forderung beharren müssen, erklärten die Internierern, es rindweg abzulehnen zu müssen, irgendwelche weitere Zugeständnisse zu machen. Erst nach längerem Hin- und Herwandelnde konnten die Internierern sich dazu verstehen, einen weiteren Fennig, also vier Fennig pro Stunde für die beständigste Vertragsdauer zu bewilligen, wenn gleichzeitig die schon um zwei Fennig reduzierte Forderungen der Arbeiter nochmals von den Vertretern der Bauarbeiterschaft um die Hälfte reduziert würden. Das war ein Anfinnen, das jeder Friedensbestimmung Hohn spottet. Es wurde denn auch von der Verhandlungskommission ganz entschieden zurückgewiesen. Denn die vier Fennig würden ja nur eine Auslegung der von den Internierern zugestandenen Arbeitszeitverlängerung sein, von einer Lohnerhöhung wäre also nicht die Rede. Schließlich zog die Internierern auch dieses Angebot zurück, wollten also überhaupt nichts mehr bewilligen. Gleichzeitig wurden dann von der Verhandlungskommission der Bauarbeiterschaft die zuerst gestellten Forderungen wieder geltend gemacht. Nachdem noch einige Änderungen des Protokolls der Verhandlungen vom 2. April vor der Verhandlungskommission beantragt, und diesem Antrag von den Internierern auch fastiggebet werden mußte, wurden die Verhandlungen von den Internierern als gescheitert erklärt und abgebrochen.

In der in der Versammlung der Zimmerer gefolgten Diskussion kam zum Ausdruck, daß es unter keinen Umständen möglich wäre, ein derartiges Angebot der Internierern ohne weiteres anzunehmen. Dann solle man es eher lauf einen Kampf aufnehmen lassen, als sich von vornherein solchen schmachvollen Bedingungen zu unterwerfen. Mit dem Vorgehen ihrer Kommission könnte sich die Versammlung nur einberufen erklären. Nach kurzen ermunternden Schlusswort des Vorsitzenden fand die imponente Versammlung ihr Ende.

Die wahren und falschen Freunde der arbeitenden Jugend!

Seit Jahren tobt ein immer heftiger werdendes Ringen um die arbeitende Jugend. Die Feinde der Arbeiter schließen sich wie Wölfe in Schafspelz an die der Schule Entwichenen heran. Unter dem Deckmantel der Jugendpflege, der Versuchung durch Vergütungen und Vergünstigungen die Arbeiterjugend der Arbeiterschaft zu entfremden. Andere stülpen den Jungen Burenhäute auf den Kopf und machen sie glauben, daß durch burrapatriotische Solbatenexerzisen das proletarische Elend der arbeitenden Jugend beseitigt würde. Arbeiterjugend und -mädchen, laßt euch dadurch nicht blenden und nasführen! Der nationale Jugendrindmel wird von euren Ausbeutern besetzt, um euch von Kadetten über euer trauriges Lebenslos abzuhalten. Jugendliche, wappnet euch durch Auffklärung in den Versammlungen der proletarischen Jugend. Eine solche findet morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, im Rindenhof so kräftig statt. Jugendretrefek Schumann-Berlin wird über das Thema: Die wahren und die falschen Freunde der Jugend sprechen. Jugendliche Arbeiter und Lehrlinge, Eltern und Freunde der Jugend! Kommt alle in diese Versammlung. Helft mit in dem Kampfe um unsere Arbeiterjugend, unsere Zukunft!

Unter Appetit. Nachdem in ganz Deutschland die organisierten Wadergefelln gegen die Behauptungen des Dr. W. u. S. a. L. d. Er. bei der Beratung der Waderüberordnung aufgestellt hat, Protest eingelegt haben, stellen sich auch die gelben Bundesstellen in Halle ein, um das als noch hinzustellen, was Herr Wadman behauptet hat. In den guten Leuten etwas nachzusehen, damit es ihnen nicht zu schwer wird, Wahres als Unwahres hinzustellen, diene ihnen folgendes: Schon vor dem 22. Februar, an dem Tage, als der Abgeordnete Wadman die Behauptung aufstellte, die Kellerbaderorden seien weniger gesundheitsförderlich als die Waderbaderorden, hat diese von anti-lithen Seite eine Beleuchtung erfahren. Die er sich nicht hinter den Spiegel beden wird, diese dürfte auch den Geifer der Bundesstellen beträchtlich dämpfen. Am 22. und 29. Januar ist nämlich in der Handelskommission des Abgeordnetenhauses über eine Petition des „Schutzbundes“ gegen die Waderüberordnung verhandelt worden. Die Petition behauptete, daß bei freier Einhaltung der Waderüberordnung 3000 Waderieren in Berlin geflohen werden müßten; dadurch würden 100 Millionen Mark dem „Nationalübermögen“ verloren gehen. Der Vertreter der Regierung stellte demgegenüber fest, daß es im Landespolizeibereich Berlin 2777 Waderieren gebe, von denen nur 687 so hart von den Waderführern der Waderüberordnung abweichen, daß sie keinen dauernden Wohnort erhalten könnten. Von ihnen liegen 621 im Keller und 46 im Erdgeschoß. Wie es nun in diesen Kellerbaderieren ausseh, davon machte der Herr Regierungsvorsetzer Mitteilungen, bei denen einem die Haare

Überlegungen kommen vor. Die einzige Lösung des Wahlrechtsproblems ist nur die Neugestaltung. Da die jetzt den Angehörigen der Arbeiterklasse nicht genügt, werden sie von den Sozialdemokraten nicht genügt, die die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind.

Das Wahlrecht wird durch die sogenannte Kleinwähler der Arbeiterklasse, die die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind.

Generalmajor Wabel: Eine ernsthafte Prüfung der Frage, ob die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind.

Generalmajor Wabel: Eine ernsthafte Prüfung der Frage, ob die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind.

Generalmajor Wabel: Eine ernsthafte Prüfung der Frage, ob die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind.

Aus der Provinz.

Zur Landtagswahl.

Liberalen und Konservativen über das Schandwahlrecht.

Kaum drei Wochen trennen uns noch vom Wahltag und man möchte glauben, daß die Parteien zwischen den „Geinigten“ und den Konservativen um die Mandate bereits stillig im Gange wäre. Nichts von alledem. Abgesehen davon, daß in dem einen oder dem anderen Wahlkreis die Parteien sich noch nicht entschieden haben, ist die Wahlkampfzeit in den meisten Wahlkreisen noch im vollen Gange. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie.

Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie.

Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie.

schon fertig werden, je früher sie die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind.

Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie.

Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie.

Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie.

Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie.

Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie.

Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie. Die Parteien sind sich noch nicht einig über die Wahlkampfstrategie.

angehörigen tritt eine Ermäßigung um eine weitere Stufe ein. Die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind.

Die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind. Die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind.

Die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind. Die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind.

Die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind. Die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind.

Die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind. Die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind.

Die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind. Die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind.

Die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind. Die Wahlrechte, für die kein Berufungsbeitrag zu leisten ist, an diejenigen zu übertragen, die in gewöhnlichen Berufen tätig sind, die nicht im Besitz von Grundbesitz sind.